

popular education – bildung aneignen

Ein Workshopbericht

Enno Janssen, Anna Kesselberg, Friederike Habermann

An akademischen Analysen zu Globalisierung und Postfordismus mangelt es nicht. Doch systematische politische Bildung ist in der Globalisierungsbewegung deutlich unterentwickelt. Insbesondere an Methoden im Sinne einer Bildung von unten/ Popular Education und an Materialien jenseits einer wissenschaftlichen Analyse fehlt es. Dies gilt sowohl für die Sozialforen, deren Veranstaltungen in Spannungsgrad und Zugänglichkeit Universitätslesungen in der Regel nichts nachstehen als auch für die radikale Linke, wo die inhaltliche Unterfütterung in der Aufregung des Vorbereitungsprozesses einer guten Aktion schon mal gerne vernachlässigt wird.

So hatten sich bereits beim Europäischen Sozialforum in London im Herbst 2004 im Rahmen des Radical Theory Forums als auch auf dem Weltsozialforum im Januar 2005 in Porto Alegre in Brasilien Workshops mit den Möglichkeiten einer Vernetzung von Initiativen zu Popular Education beschäftigt. In unserem Workshop wollten wir daran anschließen.

Dafür haben wir uns zunächst mit der Situation von Bildung unter den Bedingungen der Globalisierung beschäftigt, um dann zu Popular Education als selbstorganisierte Alternative überzugehen. Claro, dass wir uns dabei bemüht haben, etwas vom Geist und von den Methoden von Popular Education überkommen zu lassen. Dafür haben wir zunächst Raum für alle gegeben, darzustellen, was ihr eigener Erfahrungshintergrund hierfür ist, um dann aus der Gruppe entstehen lassen, was unter Popular Education verstanden wird. Anschließend haben wir von den bereits bestehenden Anfängen einer Vernetzung berichtet und eine Liste herumgehen lassen, um sich bei Interesse daran dafür einzutragen.

Popular Education ist kein ganz feststehendes Konzept, sondern erwächst im Grunde stets erneut aus Gruppenprozessen von unten, aber theoretisch ist es eng verbunden mit dem Namen Paulo Freire. Dieser hat – in seinem Exil vor der brasilianischen Diktatur in den 60er und 70er Jahren – in vielen Reisen Ansätze davon in unterschiedlichen Teilen der Welt gesammelt und in seinem Werk Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit konzeptualisiert. Damit wandte er sich nicht nur gegen die traditionelle Schulbildung, sondern auch gegen das Bildungsverständnis der damaligen linken Organisationen, welche ebenfalls

einen Top-Down-Ansatz verfolgten. Freire stellte deren Subjekt-Objekt-Verständnis fundamental in Frage, und ging stattdessen von einer gegenseitigen Beziehung ähnlich dem Verhältnis von Theorie und Praxis oder von Bewusstsein und Wirklichkeit aus: Von Praxis getrennt, werde Theorie reine Wortspielerei, und ohne das Bewusstsein zu verändern könne auch die Wirklichkeit nicht verändert werden. Nicht zuletzt aber verfolgt Popular Education die Ziele, dass sich die Lernenden nicht heimlich vor Langeweile aus dem Zimmer schleichen, und dass alle verstehen, worum es geht. Und es ist eine Form, nicht nur irgendetwas, sondern voneinander zu lernen.

Die weltweite Vernetzung von Popular Education-Ansätzen zum Thema Globalisierung steckt nach wie vor in ihren Anfängen, da zur Zeit noch Ressourcen zu ihrer Ausführung fehlen. Doch in der Mobilisierung für den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 steht schon jetzt fest, dass Popular Education eine große Rolle spielt: Eine Gruppe, welche damit arbeitend im Vorfeld von Ort zu Ort ziehen wird, hat ihre Arbeit bereits aufgenommen.

Der Garnelenring

Der globale Supermarkt zerstört Mangrovenwälder, Artenvielfalt und Lebensgrundlagen

Heiko Thiele
(Film- und Infoveranstaltung)

Mit „Der Garnelenring“ stellt der Münsteraner Bildungsverein „Zwischenzeit e.V.“ (www.zwischenzeit-muenster.de) den ersten von vier Dokumentarfilmen vor.

Dorit Siemers und Heiko Thiele (ZwischenZeit e.V.) reisten 5 Monate durch Südmexiko und Mittelamerika. Ihre Dokumentation umfasst existierende und geplante „Entwicklungsprojekte“ des Plan Puebla-Panamá (PPP), einem neoliberalen Großvorhaben mit ineinander verzahnten Wirtschaftsbereichen. Sie begleiteten Organisationen und Betroffene, die Widerstand gegen Fremdbestimmung, Enteignung und Ausverkauf der Ressourcen leisten. Zudem interviewten sie PolitikerInnen und WirtschaftsvertreterInnen. Ein wichtiger Aspekt der Filmreihe sind die Beteiligungen deutscher Unternehmen, Banken und KonsumentInnen.

Zu Beginn der Veranstaltung lieferten Dorit Siemers und Heiko Thiele einen Einblick in ihr Filmprojekt und dessen zeitlichen Ablauf. Sie erläuterten kurz die Themenschwerpunkte der vier Dokumentationen und den übergeordneten Rahmen: Der Plan Puebla-Panamá zielt in erster Linie auf Schaffung bzw. Ausbau der Infrastruktur ab. Gemeinsam mit dem kürzlich in Kraft getretenen CAFTA-Freihandelsabkommen sollen Marktzugang und Investitionen für multinationale Unternehmen erleichtert werden. Der Garnelenring ist der erste Teil der Reihe.

Filmüberblick:

Jeden Tag konsumieren wir Nahrungsmittel, deren Herkunft und Erzeugung unklar sind. Auch die zerstörerischen Auswirkungen der Garnelenzucht kennen nur wenige VerbraucherInnen.

Garnelen sind in den vielverzweigten Gewässern der Mangroven beheimatet. Dieser Lebensraum zählt zu den artenreichsten Ökosystemen weltweit. Gleichzeitig schützen die Wälder vor Fluten und Hurrikanen. Seit Jahrhunderten versorgen die ansässigen Familien sich und die lokalen Märkte mit Holz, Viehfutter, Heilpflanzen und Fisch.

Mitte der 80er Jahre begann mit Förderung der Weltbank, des IWF und der jeweiligen Regierungen die industrielle Massenproduktion von Garnelen. Auch

in Guatemala und Honduras holz(t)en multinationale Unternehmen weite Mangrovenküsten für die Zuchtbecken ab. Die Folgen sind erschreckend. Aus Angst vor Seuchen setzen die Farmen große Mengen an Chemikalien und Antibiotika ein. Die Mittel kontaminieren die (naturgeschützte) Umwelt, töten die Fischbestände und zerstören so die Lebensgrundlage der KüstenbewohnerInnen.

Auch die steuer- und zollbefreite Verarbeitungsindustrie missachtet Umweltgesetze und Arbeitsrechte: Ungereinigte Abwässer, niedrige Löhne, direkte Kündigungen und (sexuelle) Belästigungen sind üblich.

Der gesamte Industriezweig mit Erzeugung, Verarbeitung, Export und Vermarktung hat die regionale Wirtschaft der Küstenprovinzen geschädigt. Während die Menschen verarmen, erzielen die Multis Millionengewinne. Zu den Nutznießern zählen auch die deutschen Importeure und Chemielieferanten, da der Garnelenkonsum in den letzten Jahren rasant gestiegen ist.

D 2005 • Idee & Konzeption: Dorit Siemers, Heiko Thiele • Kamera & Schnitt: Heiko Thiele • 55'

Im Anschluss an den Film beantworteten Dorit und Heiko Fragen zum Thema und lieferten aktuelle Informationen zur gegenwärtigen Situation der industriellen Garnelenzucht.

Andere Filme der Reihe erscheinen bis 6/06:

Teil 2: Staudämme

Teil 3: Niedriglohnfabriken/Maquiladoras

Teil 4: Indigener Widerstand: Zapatistas.

Kontakt und Fragen zum Thema:

film@zwischenzeit-muenster.de

US-Politik gegenüber Cuba

Buchpräsentation

Cuba Si

In diesem Workshop stellte Horst Schäfer sein neues Buch „Im Fadenkreuz:Kuba“ vor.

„Dieses Buch ist ein Krimi, eine Kriminalgeschichte. Nur: Keine Fiktion, sondern 320 Seiten bittere Realität, Wahrheit.

Ein Buch über schlimmste Verbrechen, Mord und Totschlag, gravierende Verstöße gegen die Gesetze, die sich die Völker gegeben haben, um besser und friedlicher zusammenzuleben, ein Buch über Verstöße gegen Menschenrechte und Völkerrecht.

Ich stelle Euch ein Buch vor, in dessen Titel Kuba zwar vorkommt, in dem die Karibikinsel aber nur eine sehr passive Rolle spielt.

Kuba ist hier das Objekt, das Ziel - und zwar das Ziel der stärksten Militär- und Wirtschaftsmacht der Erde und das Objekt ihrer Begierde.

Mein Buch heißt daher: „Im Fadenkreuz: Kuba“, es ist Anfang 2005 im Homilius-Verlag erschienen und es ist ein sehr politisches Buch.

Es beschreibt die Außenpolitik der USA gegenüber Kuba in den letzten etwa 200 Jahren von Jefferson bis zu Bushs Wiederwahl im November 2004.

Im Mittelpunkt stehen die vergangene 46 Jahre seit der cubanischen Revolution, in denen 10 US-Präsidenten versucht haben, das sozialistische Cuba in Knie zu zwingen.

„Im Fadenkreuz: Kuba“ schildert also an zahlreichen Beispielen, wie die USA Cuba zuerst kaufen, dann erobern und kolonialisieren, beherrschen und dann die Revolution ersticken wollten.

Alle diese Beispiele stützen sich auf Dokumente aus US-Archiven: Außenministerium, Weißes Haus, CIA. Viele erst kürzlich freigegeben. Viele Dokumente sind im Faksimile abgedruckt.

Das Buch ist ein Kompendium der wichtigsten Aspekte der US-Außenpolitik gegenüber Kuba in vergangenen 200 Jahren.

Einige Stichworte zu dem Inhalt:

- a. Kaufangbote für Cuba an Spanien von Jefferson (1804) und seinen Nachfolgern, die von 100 Millionen bis zuletzt im Jahr 1898 über 400 Millionen US Dollar
- b. dann 1898 Militäraktion, das US Schlachtschiff Maine im Hafen von Havanna flog in die Luft

- c. Militärbasis Guantanamo
- d. Attentatsversuche an Fidel Castro, seinem Bruder und an Che Guevara
- e. Enge Zusammenarbeit CIA, Mafia und Exil-Cubaner in Florida
- f. Invasion in die Schweinebucht
- g. Operation Mongoose zum Sturz der Cubanischen Regierung
- h. Raketenkrise
- i. Zusammenhang zwischen Mordversuchen an Castro und Kennedy-Mord
- j. Blockade und Gesetze, mit denen der Blockade ein rechtliches Mäntelchen umgehängt wurde.
- k. Nicht nur Cuba: Terrorismus nach Art des Weißen Hauses - Mordreport, Iran, Guatemala, Haiti.
- l. Personelle Verflechtungen zwischen Rodriguez, Baccardi, Otto Juan Reich, Luis Posada
- m. Kampf gegen den Terror, politische Gefangenen in den USA, die Miami 5
- n. UNO-Generalversammlung Oktober 2004 - 179 Stimmen für die Verurteilung der US-Blockade, 4 Länder waren dagegen
- o. Die Meinung anderer (Brian Wilson, Michael Moore etc)

In der anschließenden Diskussion

gingen es dann auch um die Rolle der Bundesrepublik und der EU gegenüber Cuba, die sich immer stärker vor den Karren der USA spannen lassen. Als ein Beispiel wurde der Boykott der Internationalen Buchmesse in Havanna 2004 durch die Bundesregierung diskutiert, sowie den Möglichkeiten die Solidaritätsarbeit zu verstärken.

Als Fazit

können wir den Aussagen von Horst Schäfer nur zustimmen, der meinte „Die cubanische Politik ist nur zu verstehen, wenn man weiß, was Cuba seit 46 Jahren von El Norte angetan wird. Und ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass Menschen aus der Geschichte lernen. Ich hoffe, dass die Menschen, die dieses Buch lesen, in ihrer Solidarität bestärkt und beflügelt werden, und noch bessere Argumente haben, um auch die eigene Regierung davon zu überzeugen, dass man alle Menschenrechtsverletzungen der USA - ob in Irak oder auch Cuba - entschieden zurückweisen muss.“

Antikapitalistische Mobilisierung gegen EU-Gipfel in Luxemburg

Gruppe lift

-> über old europe, gipfelproteste und die eu-präsidenschaft luxemburgs.

...what the hell is RISE...

In der ersten Hälfte des Jahres 2005 hatte Luxemburg die Präsidentschaft der EU übernommen. Bereits ein Jahr vorher hatte sich zu dieser Gelegenheit in Luxemburg ein Netzwerk verschiedener linker, libertärer und anarchistischer Gruppen zusammengefunden (RISE), um auf einem linken Minimalkonsens (Antikapitalismus, Antinationalismus, Autoorganisation), in der Tradition der „Antiglobalisierungsbewegung“ in Luxemburg Proteste zu organisieren. Da es der explizite Anspruch des Netzwerkes war, grenzübergreifende Vernetzung voranzutreiben, lag es für uns in der Grenzregion auf der Hand, dass wir uns daran aktiv beteiligen wollten, auch deswegen weil wir die festgefahrenden Szenedebatten mit ihrem oftmals sehr national beschränkten Horizont satt hatten, und uns von der transnationalen Vernetzung eine produktive Dynamisierung auch inhaltlicher Diskussion erhofften.

...klassische gipfelproteste?...

Während der Vorbereitungen zeichneten sich allerdings recht schnell einige Unterschiede ab, die es notwendig machen sollten, unsere politische Ausgangslage und Strategien kritisch zu überdenken:

Das war einerseits das totale Fehlen jeglicher bürgerlicher, zivilgesellschaftlicher Initiativen an der Organisation und Mobilisierung gegen die luxemburgische EU-Präsidentschaft, wie mensch sie von andern Gipfeln, Sozialforen etc. kennt. Diese, durchaus vorhandenen, Gruppen konzentrierten sich auf das während der Präsidentschaft stattfindende Verfassungsreferendum, um in der Wahlkampagne auf mehr oder weniger populistische Art das „friedliche“ und „soziale“ Europa gegen dasjenige des Verfassungsreferendums in Stellung zu bringen. Mit unserer Kampagne gegen Europa als kapitalistisches Projekt per se wollten sie nichts zu tun haben. Das hat uns dazu gebracht unsere inhaltliche Positionen noch weiterzuentwickeln, und insbesondere auch den europäischen Nationalismus und Antiamerikanismus, wie er für die Idee des guten „old europe“, das gegen seine Amerikanisierung zu verteidigen wäre, konstitutiv ist, stärker in die Kritik zu rücken, und als Mythos zur Legitimierung europäischen Grossmachts-

strebens zu bekämpfen. Luxemburg, als ein Land, bei dem „nationales“ und „europäisches“ Interesse weitestgehend identisch sind, und so als Musterland der EU sich die Modernisierung der letzten auf die Fahnen geschrieben hatte, war hier ein vielversprechender Ansatzpunkt der Kritik.

...müssen wir da sein, wo die staatschefs sind?...

Zum ändern hat sich anfang des Jahres 2005 auch abgezeichnet, dass der Abschlussgipfel der Staatschefs gar nicht in Luxemburg selber stattfinden würde, sondern, u.a. aus logistischen Gründen, im wenige Stunden entfernten Brüssel. Damit ist uns natürlich in Luxemburg unser klassischer Hauptfeind abhanden gekommen, der in den vergangenen Jahren immer wieder die Menschen dazu motivieren konnte, in irgendwelche roten Zonen einzudringen, und im Abbruch des einen oder andern Gipfels seine Erfolgserlebnisse hatte. Wir haben aber dann uns entschlossen, in Luxemburg zu bleiben und eben diesen neuen Umstand als Chance zu sehen, aus dem Schema der klassischen Gipfelproteste auszubrechen, um unsere Inhalte in den Mittelpunkt zu setzen und zu agieren, statt nur zu reagieren und dem Wanderzirkus der Staatschefs hinterherzureisen.

...wo steht die bewegung...

Das ging einher mit einer kritischen Reflexion der bisherigen Rezepte der Gipfelsturmbelegung. Denn zwar war es einstweilen als Erfolg zu verbuchen, dass es bei Events wie dem Gipfel der World Trade Organisation in Seattle das erste mal seit langem wieder gelang, eine nicht ignorierbare Bewegung zu formieren und noch vor den „offiziellen“ Gipfelthemen inhaltlich die Agenda zu setzen. Die Ausbeutung der Drittweltstaaten und Diskussionen um einen „globalisierten Kapitalismus“ – undefiniert, wie er dabei vorerst blieb - wurden als einzubeziehende Thematiken gesetzt. Das letzte Mal wo dies offensiv gelang, war in Genua. Doch der Preis dafür war hoch, zu hoch, und die militante Strategie, die roten Zonen zu stürmen, stieß an Grenzen. Kurz darauf kam der 11te September, der die ehemalige jugendliche Leichtigkeit der Bewegung, die eindeutig geglaubten Fronten und die Aufbruchstimmung, die kurzzeitig geherrscht hatte, endgültig zerstörte. Danach ist den Regierenden ohne weitere Mühe gelungen die Bewegung zu spalten und einen - gemäßigten - Teil zu integrieren, der, davon befriedigt dass nun auch die Staatschefs vorgeben, die Relevanz ihrer Sorgen zu erkennen, das Angebot der „Zuarbeit“ auch bereitwillig wahrnimmt; VertreterInnen vieler Nichtregierenden Organisationen sind seit langem auf den Gipfeln als gemäßigte AlibikritikerInnen willkommen; radikale Positionen hingegen werden ignoriert und lediglich die Militanz eines „Black Block“ wird in der öffentlichen Wahrnehmung herausgegriffen und als Chaotentum stigmatisiert. Genauso wie die rot-grüne Bundesregie-

rung durch einen offensiveren Umgang mit der deutschen Geschichte es geschafft hat, diese für eine neue, „bessere“ deutsche Identität nutzbar zu machen, so wurde auch die Kritik am Neoliberalismus entwendet und, zu einer rhetorischen Blase entleert, zur Legitimation der herrschenden Zustände eingesetzt, etwa im Selbstbild des sich als „friedlich und sozial“ gebenden „alten Europa“. Spätestens bei den vom ESF ausgerufenen Anti-Irak-Kriegsdemos im Februar 2003 musste die ganze Niederlage dieser Bewegung offensichtlich werden, als eine reaktionäre Lobeshymne auf Old-Europa die Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen weitestgehend verdrängt hatte.

..und wo soll sie hin?...

Daraus zogen wir den Schluss, dass es ein Hauptanliegen sein muss, diese Legitimität der ProtagonistInnen der herrschenden Verhältnisse auf eine soziale und gerechtigkeitsfordernde Rethorik zu zerstören. Statt die Leute da abzuholen, wo sie stehen, nämlich in Old Europe und der Verteidigung seinem rheinischen Kapitalismus, wollten wir eine Kritik an Europa als kapitalistischem Grossmachtprojekt ins Zentrum stellen, um zu versuchen die minoritären fortschrittlichen Teile der Antiglobalisierungsbewegung zu stärken, zu vernetzen und eine inhaltlich geschärfte Kritik in der radikalen und libertären Linken erneut zu etablieren. Dies schien uns in Luxemburg gut möglich, gerade durch die demonstrative Abwesenheit einer bürgerlichen Linken, die geringe Grösse des Landes etc. Es sollte sich später auch bewahrheiten, dass es im kleinen Luxemburg gar nicht des Sturms auf die rote Zone bedurfte, um uns die Aufmerksamkeit von Medien u.ä. zu sichern. Die abschließende Demo des Gegengipfels, am 18ten Juni, war lautstark und entschlossen, aber zu klein um ernsthaft eine militante Auseinandersetzung mit dem hochgerüsteten Staat, der sich auf Aufstandbekämpfung vorbereitet hatte – Kauf von neuen Wasserwerfern, Besitzgelung, präventive Festnahmen und Einreiseverbote – zu wagen. Doch bereits die inhaltliche Exotik und Radikalität unserer Positionen schienen den schmalen politischen Horizont der LuxemburgerInnen derart zu irritieren, dass uns die öffentliche Aufmerksamkeit gewiss war und Tageszeitungen unsere Flyer abdruckten.

...der praxis die theorie – anspruch und realität...

Um nicht nur im radikalen Gestus zu verharren haben wir den Gegengipfel in Form eines viertägigen selbstverwalteten Camps organisiert, mit Diskussionen, theoretischen und praktischen Workshops, Kultur und mehr. Ziel war es, der radikalen Kritik auf der Strasse eine zweite Erfahrung zur Seite zu stellen; neben dem rein praktischen Experiment mit emanzipatorischen Formen der Selbstorganisation ging es vor allem darum einen länder- und szenübergreifenden Diskussi-

ons- und Organisationsprozess anzustoßen. Inwieweit das gelungen ist, ist rückblickend schwer einzuschätzen; eindeutig messbare Erfolge sind leider Mangelware, die TeilnehmerInnenzahl hätte auch grösser sein können, die Erlebnisse waren mal mehr, mal weniger bereichernd, aber insgesamt durchaus positiv. Klar ist aber, dass es nur ein erster Schritt war, und noch viel zu tun bleibt, wenn es eines Tages irgendeine gemeinsame Grundlage von Theorie und Praxis der europäischen Linken geben soll.

...hauptsache trendy und action?...

Symptomatisch für die Schwierigkeiten, denen dieser Versuch begegnet, war vielleicht auch unsere Infoveranstaltung auf der BuKo in Hamburg: unglücklicherweise parallel zur Infoveranstaltung über die Anti-G8 Kampagne stattfindend, mussten wir erfahren dass letztere, mit dem etwas angestaubten Charme der eindeutigeren Frontstellung und der grösseren Erlebnisorientierung den unvergleichlich grösseren Reiz auf die Bewegungslinke ausübte. Der G8 in Schottland, bei dem die Bewegung sich in schlammigen Hügeln mit der Polizei prügelte während die Proteste in der Öffentlichkeit von gutmenschlichen Rockmusikern kooptiert wurden, und die Barbarei der islamistischen Bombenattentate schliesslich endgültig jede emanzipatorische Position ins Abseits drängte, zeigt später genauso folgerichtig die sich abzeichnende politische Sackgasse klassischer Gipfelstumpolitik.

...was weiter...

Hier bleibt noch viel zu tun. RISE will auch nach dem Ende der luxemburgischen Präsidentschaft dazu beitragen, mit den bescheidenen Mitteln die nach dem Ende einer kräfteraubenden Kampagne noch bleiben. Auf der Internseite www.eurotop.lu soll auch in Zukunft Vernetzung und inhaltliche Auseinandersetzung einen Platz haben werden, und bei künftigen Mobilisierungen, wie zum G8 in Deutschland, etwas beige-tragen werden.

Globalisierung von unten – eine Chance für einen „Neuen Internationalismus“?

Münster, Mai 2005

globalXchange
Arbeitsgruppe Globalisierung von unten

1. Einleitung: „Globalisierung von unten“?

Nachdem die Solidaritätsbewegung in der BRD aufgrund der weltweiten Veränderungen Anfang der neunziger Jahre zunächst in weiten Teilen entweder auf Professionalisierung, auf Netzbildung und Lobbyarbeit gesetzt hatte, beherrschen seit Mitte der neunziger Jahre hier – aber auch weltweit – neue Themen die Debatten: Da ist zum einen die „Rehabilitation des Protestes“, d.h. die Rückkehr zu den ursprünglichen Politik- und Praxisformen sozialer Bewegungen, da ist das Thema von Globalisierung und Neoliberalismus auf der anderen Seite. Manifestiert haben sich diese Konjunktumschwünge im frischen Wind von Seattle, Genua, unter Unterstützung der Zapatisten in Mexiko, der internationalen Bewegung ATTAC ebenso wie in den Weltsozialforen.

Seit Mitte der neunziger Jahren gibt es also eine „Anti-Globalisierungsbewegung“ oder – je nach Couleur – eine „globalisierungskritische Bewegung“ und damit die Forderung nach oder Vorstellung von einer „Globalisierung von unten“ oder einem „neuen Internationalismus“. Diese Bewegungen stellen zwar in der BRD keine unmittelbare Verlängerung der bisherigen Solidaritätsbewegungen dar, nehmen aber durchaus deren Themen nach weltweiter Gerechtigkeit oder die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen die herrschende Globalisierung auf. Praktisch ist dieser „gemeinsame“ Kampf z.B. in den Auseinandersetzungen in Seattle, Genua oder Göteborg geworden, politisch zeigt er sich in den Weltsozialforen, wo Menschen unterschiedlichster geografischer Herkunft und verschiedenster Klassenzugehörigkeit gemeinsam z.B. über GATS, WTO und Weltbank diskutieren.

Insofern ist praktisch und politisch eine „Globalisierung von unten“ im Entstehen begriffen, und in vielen Publikationen und Manifesten ist von ihr – oder von einem „Neuen Internationalismus“ – die Rede. Allerdings bleiben solche Forderungen und Vorstellungen in der Regel sehr abstrakt und allgemein. Vor allem aber scheint der „Neue Internationalismus“ jeweils nur eine nationale Suchbewegung – entweder vom Norden oder vom Süden aus – zu sein. Es gibt also eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Forderung nach einem „Neuen Internationalismus“ und der Bereitschaft, ei-

nen solchen Internationalismus und seine Untiefen gemeinsam, d.h. „internationalistisch“ auszuloten und zu bestimmen.

2. Diskussionen in der BUKO

Die BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) versteht sich als Teil dieser neuen, zunehmend transnational bzw. global agierenden Protestbewegung, die Perspektiven für einen neuen Internationalismus eröffnet hat. Im Positionspapier „Internationalismus nach dem Internationalismus“ wird entsprechend gefordert, die Proteste von Seattle, Genua oder die Weltsozialforen bzw. die dahinter liegenden Bewegungen als Herausforderung zu verstehen, deren Vielfalt und Widersprüchlichkeiten als Chance zu begreifen, ohne jedoch die Erfahrungen des klassischen Internationalismus auszublenden.

„Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob es gelingt, Formen zu finden, die die Offenheit der Bewegung auch weiter ermöglichen und trotzdem Klärungsprozesse vorantreiben. Viel hängt davon ab, ob es möglich ist, sich produktiv mit den Erfahrungen von früheren internationalistischen Bewegungen, in deren Tradition sie steht, auseinanderzusetzen.“ (BUKO 5)

Ein zentraler Ansatzpunkt ist dabei die Betonung der Vielfalt der Bewegungen, die sich auch in unterschiedlichen, vielleicht sogar konträren Positionen ausdrücken kann. Insbesondere das Verhältnis von Bewegungen im Süden zu uns (im Norden) müsse eine Neubestimmung erfahren:

„Wie ein zeitgemäßer Internationalismus aussieht, darüber wird auch innerhalb der BUKO kontrovers diskutiert. Einigkeit besteht jedoch darin, dass die Fehler des alten »Inter-Nationalismus« (der sich zu sehr auf das Konzept der nationalen Befreiung orientierte) nicht wiederholt werden sollte und wir kein metropolitaner Emanzipations-TÜV sein wollen, der die Bewegungen im Süden lediglich durch die Brille hiesiger Verhältnisse und Debatten wahrnimmt. Wir wollen uns nicht anmaßen, Stellvertreterpolitik für die sozialen Bewegungen des Südens zu betreiben (auch wenn wir ihre Anliegen bekannt machen wollen). Stattdessen wollen wir dazu beitragen, hierzulande gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die weltweit soziale Emanzipation ermöglichen.“ (BUKO 3)

Eine solche Neubestimmung bleibt ein idealistisches Postulat, wenn nicht auch konkrete Politikformen einer Überprüfung ausgesetzt und praktische Konsequenzen gezogen werden. Dies ist nicht einfach, denn die Auseinandersetzung zwischen globalisierungskritischen Bewegungen in Nord und Süd ist kein leichtes Geschäft – insbesondere wenn es darum geht, nationale Widerstandspraxen auf eine „internationale“ oder internationalistische Ebene zu transponieren, d.h. zwischen Nord und Süd gemeinsame theoretische und

praktische Anstrengungen zu unternehmen. Im Positionspapier „Internationalismus vor der eigenen Haustür“ wird eine erste, sehr nahe liegende Handlungsperspektive skizziert:

„Wenn wir politisch mit MigrantInnenorganisationen zusammenarbeiten wollen, müssen beide Seiten die Möglichkeit haben, ihre Positionen und gegenseitigen Erwartungen einzubringen. Und das kann dann auch heißen, daß ‘Schwarze’ zu ‘Weißen’ sagen: wir fordern von Euch den Raum, den wir benötigen, um uns selbst zu organisieren, nehmen unsere Sache aber selbst in die Hand.“ (BUKO 2)

Noch nicht hinreichend in den Blick geraten bzw. auf praktischer Ebene noch nicht eingelöst wurde der Anspruch, (neue?) internationalistische Perspektiven – konzeptionell-theoretische Positionen und internationalistische Praxen – bereits unter Einbeziehung von Bewegungen aus dem Süden (oder anderen Teilen der Welt) zu entwickeln.

3. Diskussionen in den Sozialforen

Seit 2001 finden weltweite Sozialforen statt: 2001 bis 2003 in Porto Alegre/Brasilien, 2004 in Mumbai/Indien und 2005 wieder in Porto Alegre. Zu den Weltsozialforen kommen AktivistInnen aus verschiedenen Ländern und aus unterschiedlichen Handlungsfeldern zusammen, um der Politik des neoliberalen Kapitalismus etwas entgegenzusetzen. Diese zum großen Teil sehr engagierten AktivistInnen – Indigene, Landlose, GewerkschafterInnen, Studierende, Feministinnen, Intellektuelle – stellen ihre Arbeit und ihre Sicht auf die gegenwärtigen Probleme in der Welt vor.

Eine Analyse der Foren zeigt jedoch, dass es bislang nicht gelungen ist, eine Debatte in Gang zu setzen, die, auf der Basis lokaler und nationaler Erfahrungen, den notwendigerweise globalen Charakter des Widerstandes zum Thema der Auseinandersetzungen macht. Im Rahmen der mehrtägigen Treffen tauscht man zwar Erfahrungen aus, beklagt die Dominanz des globalisierten Kapitalismus oder fordert einmal mehr die Emanzipation des Südens, thematisiert jedoch noch nicht hinreichend, in welcher Weise die partikularen Widerstandsformen in einer internationalistischen Perspektive theoretisch und praktisch aufeinander bezogen werden können. Anders formuliert: Es bleibt generell unbeantwortet, wie eine „Globalisierung von unten“ oder ein „Neuer Internationalismus“ zu gestalten wäre.

Auf dieses Problem machten 2003 in Porto Alegre einige Beiträge aufmerksam: Die Foren müssten mehr sein als ein Rahmen für den Erfahrungsaustausch partikulärer Bewegungen. Vielmehr müsse perspektivisch eine „Bewegung der Bewegungen“ („movimiento de movimientos“) geschaffen werden – verstanden als Suchbewegung globalisierungskritischer Akteure aus

Süd und Nord. Gleichzeitig existieren Ängste, dass sich eine zielgerichtetere Organisation kontraproduktiv auf die Foren-Dynamik auswirken könne. Zu dieser, erst beginnenden Debatte einige Beispiele.

3.1 Beiträge aus Lateinamerika

Gustavo Cudas (Nicaragua) fordert eine solche zielgerichtete Organisation der Foren, schließt jedoch eine „Zentralisierung“ oder „Politisierung“ der Forumsbewegungen aus.

„El FSM es un „espacio“ de convergencias. Pero esas convergencias hay que trabajarlas y concretarlas. Con esa perspectiva es que varias organizaciones (la CUT y el MST entre ellas) debatieron la posibilidad y necesidad de convocar una asamblea de movimientos sociales ya en el FSM 2001, dentro del Foro. (...) Nuevamente aquí [como en el caso del FSM como un todo] la cuestión del „método“ es fundamental y viene precedida de una necesaria comprensión política de lo que es el „movimiento de los movimientos“ y sus tareas actuales. Lo que se pretende es „potenciar“ las campañas en curso o auxiliar a su gestación. Pero no hay intención de „centralizarlas“ o definir „un programa político“ de las mismas. Se quiere facilitar la coordinación, no imponer líneas. Ese es el camino para fortalecer el proceso que viene de Seattle, que está creciendo en las calles y que demostró impresionante vigor en la lucha contra la guerra.“ (Cudas 2003)

Virginia Vargas (Perú) beschreibt den konzeptionellen Konflikt zwischen Akteuren, die in den Foren einen offenen Raum für Erfahrungsaustausch sehen, und denen, die aus den Foren eine koordinierende Instanz der globalisierungskritischen Bewegungen machen wollen. Sie selbst positioniert sich eindeutig gegen die Errichtung einer V. Internationale.

„Indudablemente la idea de espacio, de ágora, es la que más se acerca a lo que es el sentido y las dinámicas del Foro. De allí que una de las tensiones más fuertes, señalada lúcidamente por Chico Whitaker, es la que plantea la disyuntiva entre Foro-espacio y Foro-movimiento. (...) No es indudablemente un espacio neutro. Para entrar a esta plaza es preciso estar de acuerdo con la Carta de Principios. Ser un Foro-movimiento - de la forma como parece plantearse-, implicaría otorgarle un papel esencialmente movilizador, que defina estrategias, con responsabilidades, con una dirección. Ser Foro espacio propicia un ‘movimiento de ideas’, que no impide sino facilita la formación o desarrollo de muchos movimientos, pero sobre todo la interconexión, la posibilidad que cada uno aporte desde los espacios donde apuesta sus transformaciones, sin excluirse de una visión global. Ser Foro Movimiento –en esta realidad– excluye el espacio horizontal, deja de ser una „plaza sin dueño“, una propiedad colectiva a ser usada por todos los que encuentran algún interés en usarlo

(Whitaker 2003), convirtiéndose más bien en una especie de movimiento social orgánico, (en singular), una nueva coalición internacional (nuevo internacionalismo (...) lo llaman algunos), que actúen en nombre de un amplio y genérico movimiento global (Celiberti, 2002), donde la inclusión no esta garantizada. Para este Foro - movimiento, la Carta de Principios deja de ser necesaria. Y también la diversidad.” (Vargas 2003)

Auch Michael Löwy (Brasilien/Frankreich) hebt die Bedeutsamkeit der Vielfalt und die darin liegende Explosivität hervor, plädiert hingegen für die Schaffung eines engeren Netzwerkes explizit politischer Organisationen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung – nach dem Vorbild der Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken.

„La diversidad puede ser un obstáculo, pero es también una riqueza. (...) Es una ocasión única para el encuentro, el debate, el aprendizaje mutuo -un proceso de intercambio cultural en el cual cada uno, sin abandonar sus ideas y convicciones, descubre las de los otros, y trata de integrarlas en su reflexión o su práctica. De la mezcla y fusión de todos estos ingredientes esta naciendo un cocktail explosivo, la nueva cultura internacionalista del MRG [Movimiento de Resistencia Global, Redakción]. Claro, este proceso está aún en sus inicios, estamos aún lejos de tener una orientación común, pero se percibe la formación de un espíritu común del movimiento, radical, combativo y hostil a la recuperación institucional.“

„Lo que hace falta es una red de organizaciones políticas – partidos, frentes, movimientos – que pueda proponer, en el seno del Movimiento, un proyecto alternativo, más allá del capitalismo, y la perspectiva de una nueva sociedad, sin opresores ni oprimidos. Algo por el estilo existe ya en Europa: se trata de la Conferencia de la Izquierda Anticapitalista Europea (...)” (Löwy 2003)

Emir Sader (Brasilien) widmet sich entsprechend dem Problem der Gegenhegemonie. Eine globalisierungskritische Bewegung könne sich auch innerhalb lokaler Kämpfe gegen den globalisierten Kapitalismus als totales System theoretisch und praktisch nur dann durchsetzen, wenn Kräfte im Süden und Norden gebündelt würden, wobei Sader allerdings dem Norden bzw. den fortschrittlichen Kräften dort eine allenfalls strategische Rolle in Bezug auf die Befreiung des Südens einräumt – die sozialen Opfer im Norden bzw. die Notwendigkeit, auch den Norden aus der neoliberalen Zerstörungslogik zu befreien, geraten bei ihm nicht in den Blick. Dadurch wird das Süd-Nord-Verhältnis weiter dichotomisiert.

„El internacionalismo que debemos recomponer tiene que ser universal, tiene que atravesar el capitalismo en su conjunto, restableciendo alianzas entre fuerzas anticapitalistas del centro y de la periferia a partir del análisis

del sistema como un todo. Si los países de la periferia capitalista son las mayores víctimas de las políticas neoliberales – especialmente su población pobre –, la fuerza acumulada en la periferia no es suficiente para revertir la correlación de fuerzas en su conjunto porque el nuevo orden mundial reconcentró fuerzas en detrimento del hemisferio Sur y a favor de las potencias del Norte. Las agudas contradicciones en la periferia pueden movilizar los más amplios contingentes para la lucha antineoliberal actual, pero es necesario sumarles el papel estratégico de los países centrales del capitalismo y de las fuerzas que se oponen a la hegemonía contemporánea en el centro del sistema. De la capacidad de recomponer esa alianza estratégica depende en gran parte el fortalecimiento de las fuerzas antineoliberales en el mundo actual.” (Sader 2001: 99f.)

3.2 Beiträge zum 4. Weltsozialforum 2004 (englisch)

Ein Duktus, der sich durch alle englischsprachigen Beiträge zieht, ist der, dass Internationalismus mit globalem Protest assoziiert wird, z.B. gegen den Afghanistan- und Irak-Krieg. Dies sagt etwas über Themen aus, die Menschen in verschiedenen Ländern in ähnlicher Weise berühren, sei es über eine allen gemeinsame Angst vor der Weltmacht USA und ihrem Größenwahn, sei es die Angst vor einem weltweit diktierenden „freien“ Weltmarkt (Protest gegen das MAI, NAFTA, WTO-Versammlungen). Aber auch in kleinerem Maßstab finden sich neue Allianzen, wie Martin Hewitt aus Perth (Australien) betont:

„The main criticism of the World Social Forum is that there are no formal outcomes. The Forum is still a relatively new phenomenon and is still finding its feet, and although there have been no official outcomes, there have been hundreds of unofficial outcomes, such as the forging of friendships, new alliances, coalitions, and relationships, increased South-South dialogue, and increased dialogue between the world's social movements as a whole.” (Martin Hewitt)

Leider bleibt es bei diesen generellen Statements; über neue Erkenntnisse, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede oder gemeinsame Projekte dieser neuen internationalen Kontakte sozialer Bewegungen ist nichts zu finden. Bemühungen um Verständnis und das Ringen um gemeinsame Begriffe und Strategien spiegeln sich nicht in den Berichten wider. Die Absichten scheinen kaum über den Informationsaustausch hinauszugehen.

„The Forum Programme, a formidable 116 page newspaper in Hindi, English and Spanish, painstakingly lists all the big events and the endless non-stop workshops on Child Labour, Australian Imperialism in the Pacific, self determination, Dalit rights, legal challenges to global corporations, tourism, privatisation, peoples against Coca Cola, education and development, fun-

damentalism, GATS on services, Human Rights, mobilisation of society for peace and so on. Intense and very well informed as these debates are, they serve as an exchange of information and ideas; (...)” (Jeremy Corbyn, Member of the National Trust, UNISON and Cuba Solidarity, Former chair of the London Group of Labour MPs)

John Holloway oder auch Christophe Aguiton formulieren einen Internationalismus und konstruieren „neue InternationalistInnen“, bleiben jedoch abstrakt:

„Christophe Aguiton from France, a Trotskyite of another feather, and a leading figure within the WSF, tentatively identifies three ‘poles’ within the global justice movement: ‘Radical internationalist’, ‘nationalist’, and ‘neo-reformist’. The first looks beyond both capitalism and the nation-state, the second is a mostly-Southern response, and the third is the kind of ‘global governance’ tendency also strongly present within the WSF.”

Immanuel Wallerstein beschreibt die Entwicklung der Weltsozialforen. Zunächst seien sie ein offenes Forum des Meinungs austausches gewesen, doch heute hätten sich in ihnen bereits Plattformen gebildet, von denen aus konkrete transnationale Aktionen ausgingen.

„The basic principles of the WSF were that it was an ‘open meeting place’ for ‘groups and movements of civil society that are opposed to neoliberalism and to domination of the world by capital and any form of imperialism.’ Its theme was ‘another world is possible.’ It was a ‘process,’ not an organization. It would not take positions as such, or make proposals for action, but it might generate such positions and proposals by some or all of those taking part in the WSF. It was ‘plural, diversified, non-confessional, non-governmental and non-party’ and acted in a ‘decentralized fashion.’ In short, there was to be no hierarchy or organizational discipline. The formula was original and quite different from the historic antisystemic movements, including Communist and other Internationals. And it caught fire. (...) So, in the end, everyone seemed to agree that WSF should retain the concept of the open forum but perhaps find some way to accept and institutionalize groups that wished to take common actions. There already is an assembly of movements, who meet together at the time of the WSF, and do pass resolutions and propose concrete actions.” (Immanuel Wallerstein)

Vorherrschend bleibt der Eindruck, dass diese „common actions“ sich gegenwärtig noch auf zeitgleiche Demonstrationen beschränken, und vor allem, dass in der Vorbereitung allzu schnell reale Unterschiede ausgeblendet werden und keine wirkliche Auseinandersetzung stattfindet. In der Annahme, dass das Anliegen allen gemeinsam sei, werden alte Muster wiederholt, so dass am Ende oft wieder das Modell des paternalistischen Nordens und des Hilfeerwartenden, passiven

Südens, steht, welches kontinuierlichen Austausch auf gleicher Augenhöhe verhindert. Dies geschieht oft unbewusst und wird auf individuelle Streitigkeiten oder inhaltliche Differenzen zurückgeführt, weil die kontextuelle Differenz nicht existent sein „darf“.

Natürlich ist der Anspruch, etwas ganz Neues zu kreieren, was nicht mehr in die alten Kategorien passt, auch nicht in Begriffe wie „Internationalismus“, berechtigt. „Fragend gehen wir voran“... Und dennoch halten wir es für wichtig, die Traditionen wahrzunehmen, die die jeweilige Arbeit und Sichtweise prägen. Sie beeinflussen uns in negativer und positiver Weise. Die Proklamation des Ganz-Neuen, das alle Kategorien hinter sich lässt, gerät schnell in den Verdacht, sich der Geschichtsvergessenheit anzuschließen und in die Gefahr, alte Fehler zu wiederholen. Davor warnt auch Peter Waterman:

„A new internationalism is taking shape and place, though it might be more realistic to put this in the plural, or to distinguish it as ‘the new global solidarity’. There will be argument about whether it surpasses the First-to-Fourth Internationals or provides a basis for some kind of Fifth one. However, it is also quite possible that it will reproduce the errors and failures of previous internationals. The GJ&SM [global justice and solidarity movement, d. Red.] has not, so far, proven to be a movement much aware of that history, which is also part of its own history – or at least of its inheritance. Those involved in such debates are, however, likely to agree that a movement that is not aware of its history is in danger of repeating it.” (Waterman)

3.3 Zusammenfassung

Wir erkennen an den oben genannten Diskussionsbeiträgen aus den Weltsozialforen die Aufgaben, die von den globalisierungskritischen Bewegungen und speziell den Sozialforen noch zu bewältigen sind. Nationalstaatlich können die Probleme, die der Neoliberalismus weltweit schafft, nicht gelöst werden. Daher brauchen wir eine „Globalisierung von unten“ bzw. einen „neuen Internationalismus“. Dies darf aber weder bedeuten, die Unterschiede zu nivellieren, noch sie unvermittelt nebeneinander stehen zu lassen. Es gilt, die verschiedenen Lebenskontexte wahr- und ernstzunehmen und über die Herausforderungen, die sich daraus für soziale Kämpfe ergeben, zu berücksichtigen.

Daraus kann ein differenziertes Bild entstehen – was nicht heißen soll, die Differenzen der Differenzen wegen zu thematisieren und damit erst zu konstruieren. Es können sich beispielsweise gemeinsame Strategien im Gespräch zwischen den jeweiligen VertreterInnen von LandarbeiterInnen in Brasilien und SozialhilfeempfängerInnen in Deutschland ergeben. Es können aber auch nicht auflösbare Differenzen deutlich werden zwischen mexikanischen Transgender-Indígena-Hausangestellten und indischen Gewerkschaftsaktivis-

ten, die sich trotz der unterschiedlichsten Umstände von Leben und Kämpfen auf ein gemeinsames Projekt verständigen könnten – nur eben auf anderen Ebenen.

Die Konsequenz wäre, die verschiedenen Kontexte, auf die im Rahmen der Foren so viel Wert gelegt wird, dennoch ernstzunehmen, indem nicht von einer Nivellierung der Unterschiede, sondern von einer Differenzierung ausgegangen wird – weg von nationalen, hin zu regionalen, klassenspezifischen, Lebensform-relevanten Differenzen. Unsere These ist, dass es ein Teil des Kampfes sein muss, in den Diskussionen und Debatten um ein gemeinsam definiertes Projekt der Weltsozialforen zu ringen, weil sonst die Kämpfe unverbunden bleiben und die Chance eines solchen Werkzeugs wieder vertan wäre.

Im Bezug auf Traditionen und existierende soziale Bewegungen ist wichtig, die Veränderungen der Verhältnisse und die Konsequenzen für die Strategien und Praxen der Bewegungen zu berücksichtigen. Für die Frauenbewegung geschieht das im Moment in Form der Kritik an ihrer NGOisierung. Für andere wie z.B. die Gewerkschaftsbewegung stünden solche Überlegungen, die auch die Veränderung von Herrschaftsmechanismen berücksichtigen, noch an. Wir meinen, dass wichtige Themen wie Staatsverständnis, Protestformen, gesellschaftliche Utopien, Strategien der Machterlangung, „notwendige“ und „überflüssige“ Bedürfnisse, Arbeits-, Lebens- und Aktionsformen der Auseinandersetzung bedürfen, wenn es eine wirklich internationalistische Bewegung geben soll; eine „Globalisierung von unten“, die gemeinsame Anliegen vertritt – wenn das Wort „gemeinsam“ nicht nur eine Phrase ist sondern Verhandlungen einschließt, die erst Verständnis produzieren können.

Sehr deutlich haben Plöger/Riedmann (2004: 6), in Bezug auf die Europäischen Sozialforen, die vor uns liegende Aufgabe formuliert, unsere lokal partikulären Praxen in ein globales, zurzeit noch abstraktes Projekt zu transformieren.

„Zweitens müssen die Akteure der Bewegung eine Vorstellung davon entwickeln und Praxis einleiten, um lokale und überlokale, gar globale Kämpfe miteinander in Beziehung zu setzen. Der historisch-materialistische Geograph David Harvey weist in diesem Zusammenhang auf das Problem des »Jumping Scales« hin, darauf nämlich, dass das Verhältnis lokaler Partikularkämpfe zu globalen Auseinandersetzungen nicht einfach dem Verhältnis von Teilen zur Summe der Teile entspricht. Vielmehr findet im Übergang vom Besonderen zum Allgemeinen außerdem eine »gewalttätige« »Übersetzung« vom Konkreten ins Abstrakte statt, bei der die Möglichkeiten der direkten Erfahrung und der darauf aufbauenden Solidarität verloren gehen. (...) Probleme der Übersetzung von Partikularkämpfen auf die europäische oder globale Ebene werden zwangsläufig auf-

tauchen und bedürfen der moderierenden Intervention. Selbstverständlich muss diese Art der Intervention wiederum den Prinzipien der Inklusivität und Egalität folgen.“

Bislang haben jedoch, wie wir aufzeigen wollten, derartige internationalistische Perspektiven keinen hinreichenden Niederschlag auf die Organisation der Weltsozialforen gehabt; dies zeigte sich zuletzt in Mumbai/Indien. Gleichwohl bietet aus unserer Sicht allein die Tatsache, dass engagierte Akteure aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Handlungsvollzügen zusammenkommen, eine prinzipielle Chance, internationalistische Suchbewegungen wirksam in Gang zu setzen.

4. Erfahrungen aus der Soli-Arbeit

Diese Notwendigkeit und zugleich Schwierigkeit des Aufbaus einer Globalisierung von unten folgt dabei nicht nur einer theoretischen Einsicht, sondern ist auch durch unsere vielfältigen Nord-Süd-Kontakte, der Erfahrung aus der Soli- und Internat-Arbeit erwachsen. Noch bis Ende der achtziger Jahre waren diese Kontakte Unterstützungsbeziehungen – selbst wenn damit ein politisches Projekt verbunden war: gegen Militärdiktaturen, in Solidarität mit (nationalen) oder anderen Befreiungsbewegungen. Im Zusammenhang der vielfältigen globalen Veränderungen, vor allem der Globalisierung der kapitalistischen Verwertungskrise und der sie begleitenden neoliberalen Revolution wurde deutlich, dass die in Solidaritätszusammenhängen oft vorausgesetzte, unterstellte „Gemeinsamkeit“ des Kampfes wenn nicht brüchig, so doch zu unhinterfragt war. Antikapitalistisch ja – aber welche Rolle kommt den USA in einer Imperialismustheorie zu? Wie wird die europäische Politik bewertet? Und auf kleinerer Ebene: Wie ernst sind eigentlich Verarmungs- und Verelendungsprozesse in den entwickelten Ländern zu nehmen? Was bedeutet eigentlich Armut, Marginalisierung, Zivilgesellschaft, soziale Bewegung usw.?

Auf theoretischer Ebene lassen sich solche Fragen immer noch konsensual, aber eben nur abstrakt beantworten. Die Widersprüche und Verwerfungen werden jedoch spätestens dann deutlich, wenn wir unseren GenossInnen die Probleme unserer Arbeit, soziale Widersprüche usw. konkret anschaulich zu vermitteln suchen: Welche/r Lateinamerikaner/in kennt eigentlich die soziale Realität in den Ländern der Zentren? In verschiedenen Projekten haben wir solche „Reverse-Programme“ durchgeführt und dabei die Fußangeln der Konstruktion gemeinsamer Perspektiven erfahren. Es ist ein mühsamer Weg des gemeinsamen Sehens und Kennenlernens, der Beschreibung der Differenzen und der Anerkennung der Legitimität unterschiedlicher Kämpfe. Aber es ist auch die Voraussetzung dafür, die gemeinsamen Widersprüche und die unterschiedlichen Trennungen in Nord und Süd bestimmen zu können.

Nur wer die jeweils andere Realität kennt, wird wirklich verstehen, was zum Beispiel die Hegemonie neoliberaler Globalisierung für die Alltagspraxen der Menschen in Nord und Süd bedeutet: Die Schwierigkeit der Organisation sozialer Kämpfe angesichts von Prekarität, Mobilitätswang und Arbeitslosigkeit oder die Bedeutung von Armut. Von der Schaffung dieser praktischen Voraussetzungen ist die Antiglobalisierungsbewegung aber noch weit entfernt.

Nachwort: Beobachtungen auf dem WSF 2005

Auf dem 5. Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre hat sich die Tendenz weiter Richtung Dezentralisierung und Diversität entwickelt.

Die Diskussionen zwischen denen, die eine „Bewegung der Bewegungen“ fordern und den Befürwortern eines offenen, vielfältigen Forums ohne politische Agenda auf der Basis „Eine andere Welt ist möglich!“ hat sich unserem Eindruck nach in Richtung Letzterer entwickelt. Die Auftaktveranstaltung fand gänzlich ohne politische Stellungnahme statt und nannte sich bezeichnenderweise „Fest der Diversität“. Andere zentrale Veranstaltungen als die Auftakt- und Abschlussmarsch gab es nicht. Die sehr allgemein gehaltenen Forderungen der „Erklärung der 19“ auf der Schlussveranstaltung wurden als Vereinnahmung zurückgewiesen. Angesichts des elitären Zustandekommens und Autorenkreises dieser Erklärung ist dies nur zu begrüßen. Der Eindruck bleibt allerdings, dass ein gemeinsames Vorgehen nötig, aber nicht gewünscht ist. Europa spielte eine nicht nennenswerte Rolle und kontinentübergreifende Diskussionen fanden kaum statt. Auch wenn Chávez populistisch verkürzt die Macht des Südens beschwor, bestätigt es doch die vorherrschende Stimmung: Mit Europa ist in einer internationalistischen Linken nicht zu rechnen – nicht einmal als Gegner ist es wert, wahrgenommen zu werden, überdeckt durch die Bedeutung der USA.

Für uns bleibt dies eine offene Frage und Herausforderung: Was folgt daraus für die internationalistische Bewegung in Europa?

Globalisierung von unten – Chancen für einen Neuen Internationalismus? – Thesenpapier für den Workshop auf dem buko 28

- (1) Seit Mitte der 90er Jahre gibt es eine Anti-Globalisierungsbewegung, die Vorstellung einer „Globalisierung von unten“ oder einen „Neuen Internationalismus“. Dieser neue Internationalismus scheint jedoch nur eine je nationale Suchbewegung – entweder vom Norden oder vom Süden – zu sein.
- (2) Die Buko fordert zwar eine Abkehr vom alten Internationalismus, kommt aber über eine Betonung der Vielfalt der Bewegungen und der Legitimität unterschiedlicher sogar konträrer Positionen nicht

hinaus. Noch nicht eingelöst wurde der Anspruch, internationalistische Perspektiven bereits unter Einbeziehung von Bewegungen aus dem Süden zu entwickeln.

- (3) Die Sozialforen dienen zwar dem Erfahrungsaustausch, thematisieren jedoch nicht, wie die partikularen Widerstandsformen in einer internationalistischen Perspektive theoretisch und praktisch aufeinander bezogen werden können.
- Einige fordern perspektivisch eine „Bewegung der Bewegungen“, eine Suchbewegung globalisierungskritischer Akteure aus Nord und Süd. Strittig ist jedoch die Frage, wie das Verhältnis von Zentralisierung und Politisierung und das WSF als Ort der Differenz bestimmt werden können.
- Dort, wo die Bündelung der Kräfte gegen die neoliberale Globalisierung gefordert wird, hat der Norden allerdings nur eine strategische Rolle in Bezug auf die Befreiung des Südens; die Befreiungskämpfe im Norden spielen für den Süden keine Rolle.
- (4) Nationalstaatlich können die Probleme der Globalisierung nicht mehr gelöst werden. Daher brauchen wir einen Neuen Internationalismus. Das darf nicht bedeuten, Unterschiede zwischen verschiedenen Bewegungen oder Kontexten zu nivellieren, noch sie unvermittelt nebeneinander stehen zu lassen. Aus einem solchermaßen differenzierten Bild könnten gemeinsame Strategien entstehen.
- (5) Staatsverständnis, Protestformen, Utopien, notwendige und überflüssige Bedürfnisse müssen diskutiert werden, wenn es eine wirkliche internationalistische Bewegung geben soll.

Material

BUKO (Hg.) (2003): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke, Ham-burg/ Berlin

BUKO 2 (1999): Anforderungen an einen „Neuen Internationalismus“. Einige „anstößige“ Gedanken des BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (<http://www.buko.info/asww/international.html>), auch als Broschüre „kölngehen. Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus“ (1999)

BUKO 3 (2003): Bewegung durch Bewegung. Buko-Positionen zu Globalisierung und Globalisierungskritik (<http://www.buko.info/buko/positionen3.html>)

BUKO 5 (2003): Internationalismus nach dem Internationalismus. Positionspapier (<http://www.buko.info/buko/positionen5.html>)

Codas, Gustavo (2003) Cuál es el papel del Foro Social Mundial? (http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.asp?pagina=bal_gustavo_codas_es) auch in: Alternativas. Revista de análisis y reflexión teológica. Año 10, núm.25 / Enero-Junio, Editorial Lascasiana, Managua, S. 13-22

Corbyn, Jeremy (2004): A Forum of the World, Quelle: www.wsfindia.org/eval2004d.php?myvar=12

Global Civil Society (2001): Yearbook website; Rikkilä and Patomäki 2001, zitiert nach P. Waterman: The Global Justice and Solidarity Movement and the World social Forum: A Background, available: <http://www.comminit.com/materials/ma2004/materials-131.html>

Hewitt, Marco (2004): Reflections on the Global Justice Movement. After the Mumbai World Social Forum, Quelle: Reflections after Mumbai 2004, members.westnet.com.au/jackhsmit/mumbai2004.htm

Löwy, Michael (2003): ¿Por una Quinta Internacional? (<http://www.rebellion.org/izquierda/lowy010203.htm>), Revista Rebeldía

Plöger, Andrea u. Erwin Riedmann (2004): Transnational und fragend voran?! Anmerkungen zum Stand der Bewegung angesichts des zweiten Europäischen Sozialforums, in: UTOPIE kreativ, H. 163 (Mai), S. 447-453

Sader, Emir (2001): Hegemonía y contrahegemonía para otro mundo posible, in: Seoane, José u. Emilio Taddei (Hrsg.): Resistencias mundiales. De Seattle a Porto Alegre, CLACSO, Buenos Aires (<http://168.96.200.17/ar/libros/seattle/sader.pdf>)

Vargas, Virginia (2003): El Foro Social Mundial III y las tensiones en la construcción del pensamiento global alternativo. (http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.asp?pagina=bal_vvargas_esp)

Wallerstein, Immanuel (2004): The rising strength of the World Social Forum, Quelle: www.wsfindia.org/eval2004d.php?myvar=10

Waterman, Peter: The Global Justice and Solidarity Movement and the World social Forum: A Backgrounder, available f.ex. <http://www.comminit.com/materials/ma2004/materials-131.html>

Gendreck weg!

Die Kampagne

Jutta Sundermann

Es gibt viele Gründe, gegen Gentechnik in der Landwirtschaft zu kämpfen: denn Gentechnik ist nicht rückholbar, bringt Abhängigkeit und Hunger, zerstört die biologische Vielfalt und gefährdet die Gesundheit.

Der Anfang vom Ende?

Mit dem neuen Gentechnik-Gesetz und dem Ende des EU-Moratoriums wurden 2005 in Deutschland erstmals gentechnisch manipulierte Pflanzen (GMO) angebaut. Noch haben Rechtsunsicherheit und die öffentliche Ablehnung der Gentechnik die Flächen auf rund 330 Hektar begrenzt. Noch kann entschiedener Widerstand der Gentechnik Einhalt gebieten. Aber die Zeit ist knapp. Als erstes werden (Bio)-Imker keine Chance mehr haben, gentechnikfreien Honig anzubieten. Die Bauern werden folgen. ErzeugerInnen und KonsumentInnen wehren sich gemeinsam.

Gentechnik ist nicht rückholbar und nicht eingrenzbar

Durch Pollenflug verbreitet sich unkontrolliert genmanipuliertes Erbgut. Es ist nicht rückholbar. In Kanada und den USA haben jüngste Studien bewiesen, dass es nahezu kein Saatgut für Raps und Soja mehr gibt, das nicht gentechnisch verseucht ist. Nachlässiger Umgang mit den Ernten, der Wind und die Bienen haben dazu beigetragen, die manipulierten Gene überall zu verbreiten. Immer häufiger tauchen auch Wildpflanzen auf, die Eigenschaften der GMO-Pflanzen zeigen.

Deshalb ist eine „Koexistenz“ zwischen Gentechnik und traditioneller Landwirtschaft nicht möglich.

Gentechnik macht Abhängigkeit und Hunger und zerstört die biologische Vielfalt

Weltweit gefährden Gentechnik-Konzerne Nahrungssicherheit und Saatgutfreiheit und zwingen Bauern und Bäuerinnen in immer größere Abhängigkeiten. Viele Agrarkonzerne bieten gentechnisch verändertes Saatgut im Paket mit passenden Giften an. Diese teure Kombination treibt Bauern in den Ruin – zumal sie häufig gezwungen werden, Knebelverträge über etliche Jahre zu unterschreiben. In Indien haben sich schon sehr viele Bauern das Leben genommen, weil sie sich hoffnungslos verstrickt sahen in die Schuldenfalle der Gentechnik-Konzerne.

Ein zentrales Anliegen der Gentechnik-Industrie ist es, die Kontrolle über das Saatgut zu gewinnen. Scharfe Patentrechte auf gentechnisch veränderte Pflanzen helfen ihnen. Bauern und Bäuerinnen dürfen Saat aus eigener Ernte nicht mehr ausbringen, ohne erneut Lizenzgebühren zahlen zu müssen. Der skandalöse Fall des kanadischen Farmers Percy Schmeiser, der vom Monsanto-Konzern verklagt wurde, obwohl gegen seinen Willen Monsanto-Genraps auf seine Felder gelangt war, stellt nur die Spitze des Eisberges dar.

Wo die Gentechnik-Industrie Bauern dazu überredet, ihr Saatgut „zu testen“, gehen schnell die alten Landsorten verloren – und damit die Unabhängigkeit und Ernährungssicherheit von immer mehr Menschen. So vernichtet Gentechnik die Agrobiodiversität und gefährdet die zukünftige Ernährung in der ganzen Welt.

Die Gentechnikindustrie drängt auf immer mehr Märkte. Es geht ihr sowohl um den kapitalkräftigen, bis heute nicht von der Gentechnik überzeugten europäischen Markt als auch um die Länder des Südens, in denen die Gentechnik noch nicht Einzug gehalten hat. Die zukünftige Haltung Europas ist von zentraler Bedeutung, da auch Bauern der Anbauländer im Süden sich erst für Gentechnik entscheiden, wenn die Abnahme in Europa funktioniert. Würde das geschehen, wäre die Agrar-Gentechnik nicht mehr aufzuhalten.

Ziviler Ungehorsam gegen Gentechnik!

Gendreck-weg hat sich für einen entschlossenen Widerstand gegen die Gefahr Gentechnik entschieden. Freiwillige Feldbefreiungen sind nach unserer Auffassung die angemessene Antwort auf die Lage. Die Menschen werden in unserem Land nicht gefragt, ob die Gentechnik in der Landwirtschaft Einzug halten soll. Es werden Tatsachen geschaffen.

Es ist unverantwortlich, gentechnisch veränderte Pflanzen freizusetzen, die nicht rückholbar sind, aber Konsequenzen für Pflanzen- und Tierwelt sowie unsere Gesundheit heute und in Zukunft haben.

Es ist ein Unrecht, LandwirtInnen durch Saatgut-Gift-Pakete, durch Patentrechte, Knebelverträge oder die Terminator-Technologie das Recht zu nehmen, ihre eigene Ernte auch zur Weiterzucht zu verwenden.

Es gilt noch die alte Weisheit: Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Gendreck-weg stellt sich diesem Unrecht also in den Weg. Zur Tradition des Zivilen Ungehorsams gehört es, bereit zu sein, die Folgen des eigenen Handelns zu tragen. Die Aktionen von Gendreck-weg haben Gesichter und finden öffentlich statt. Die Aktiven verstehen sich als mündige und mutige BürgerInnen, die diesen Schritt gehen, weil es eine große Gefahr abzu-

wenden gilt. Mit diesem Widerstand ist die Initiative nicht allein. In Afrika, Asien, Amerika und vielen europäischen Ländern haben Zehntausende von Menschen bereits selbst derartige Initiativen ergriffen. Gendreck-weg vernetzt sich über Ländergrenzen und Kontinente.

Das „Nein“ muss jetzt und in den nächsten Jahren laut und erfolgreich werden, bevor durch die Gentechnik-industrie und Politik irreversible ökologische und soziale Schäden verursacht werden.

Die Kampagne Gendreck weg wird so lange fortgesetzt, bis gesellschaftlicher und politischer Konsens über den sofortigen Stop der Agro-Gentechnik als Eingriff in die Schöpfung und in unsere Nahrungsgrundlage hergestellt ist. Das wird einige Jahre dauern.

Die erste Aktion findet am 31. Juli bei Strausberg bei Berlin statt.

[Nachrichtlich: Und sie fand statt. Mit über 300 FeldbefreierInnen, großem Polizeieinsatz und dennoch erfolgreicher Zerstörung eines Teils des Genackers. Gendreck-weg geht weiter. Mitmachen ist erwünscht. Mehr: www.gendreck-weg.de]

Kolumbien: Ziviler Widerstand mitten im Krieg

Interview mit zwei kolumbianischen Bauernvertretern

Christiane Schwarz

In Kolumbien vertreiben Militär und Paramilitär immer wieder Menschen von ihrem Land, das dann für große Wirtschaftsprojekte wie beispielsweise Ölpalmmonokulturen genutzt wird. Gegen die ständigen Übergriffe und Enteignungen und die Vernichtung ihrer Subsistenzgrundlage leistet die Zivilbevölkerung friedlichen Widerstand. Beispiele dafür sind die Bauernvereinigung des Valle de Cimitarra in der Region Magdalena Medio, die seit 1998 das Projekt eines kleinbäuerlichen Schutzgebietes vorantreibt, und die waffenfreien humanitären Zonen afrokolumbianischer Gemeinden in der Region Chocó. Wir sprachen mit Mario Martinez, Schatzmeister der Bauernvereinigung, und Erasmo Sierra, Gemeinderatspräsident einer afrokolumbianischen Gemeinde im Chocó.

Wie hat sich die Situation in Ihren Heimatregionen in den letzten Jahren entwickelt?

Mario Martinez: Nach wiederholten Vertreibungen der Zivilbevölkerung in der Region Magdalena Medio in den 1990er Jahren wurde mit der Regierung des damaligen kolumbianischen Präsidenten Pastrana ein Abkommen geschlossen, durch das unsere Zone den Status eines kleinbäuerlichen Schutzgebietes erhielt. In diesem Gebiet ist Großgrundbesitz verboten, nur kleinbäuerliche Landwirtschaft darf betrieben werden. Dadurch sollen die Expansion großer Latifundien und weitere Vertreibungen der Kleinbauern verhindert werden. Außerdem müssen für die Zone ein Landnutzungsplan und ein Plan zur Nachhaltigkeit erstellt und die natürlichen Ressourcen geschützt werden. Im Dezember 2003 entzog der jetzige kolumbianische Präsident Uribe der Zone diesen Status. Trotzdem arbeiten wir Bauern in der Region weiter, als wäre sie noch ein kleinbäuerliches Schutzgebiet.

Erasmo Sierra: 1997 wurden wir, wie tausende weiterer Menschen, durch militärische Bombardierungen und Morde von unserem Land vertrieben. Insgesamt 30 Monate verbrachten wir als Flüchtlinge außerhalb der Region. 2001 konnten wir auf unser Land zurückkehren und erhielten vom Staat durch ein Gesetz, das den afrokolumbianischen Ethnien den kollektiven Landbesitz zuerkennt, Titel für unser Land. Doch noch im gleichen Jahr gingen die Bombardierungen und Übergriffe wie das Brandschatzen von Häusern und die Er-

mordung von Menschen seitens des Staates und der paramilitärischen Gruppen weiter. 400 Tote haben wir schon zu beklagen. Bei der Rückkehr auf unser Land stellten wir fest, dass große Flächen des Urwaldes gerodet und dort illegal Ölpalme angepflanzt worden war. Im Februar 2003 reiste eine Untersuchungskommission - Vertreter uns begleitenden NGOs, Gesandte des Innenministeriums, der Vizepräsidentschaft und der Ombudsstelle sowie internationale Beobachter - in die Region. Sie stellte fest, dass auf 8000 Hektar des Landes, das uns als afrokolumbianischen Gemeinden des Jiguamiandó- und des Curvaradó-Beckens rechtmäßig gehört, Ölpalmplantagen angelegt worden waren. Eine zweite Untersuchungskommission im Oktober 2004, an der diesmal auch die staatliche Behörde teilnahm, die uns damals die kollektiven Landtitel überreicht hatte, stellte fest, dass die illegale Anpflanzung von Ölpalmen auf unserem Land auf 18000 Hektar ausgeweitet worden war.

Mario, wie und wovon leben die Menschen im Valle de Cimitarra?

Mario Martinez: Wir sind Bauern und bauen unsere Nahrungsmittel selber an. Doch Produkte wie z. B. Speiseöl und Salz müssen wir von außen einführen. Seit fünf Jahren gibt es eine Wirtschaftsblockade in der Region. Das heisst, wir müssen die Paramilitärs fragen, ob wir raus dürfen, um die uns fehlenden Produkte für den Eigenkonsum zu besorgen. Ladeninhaber müssen, um Produkte in die Region bringen zu können, regelmäßig zu einer Militär- oder Paramilitärbasis gehen und dort eine monatliche Steuer bezahlen. Aber nicht alle Produkte werden reingelassen und immer nur kleine Mengen. Alles wird kontrolliert. Um überleben zu können, haben wir durch die EU und andere Institutionen finanzierte Projekte wie Reisanbau und eine Büffelzucht, die uns helfen, unsere Ernährungssouveränität in der Region aufrechtzuerhalten.

Erasmo, welche Strategie steckt hinter den Vertreibungen, der Gewalt und der massiven Anpflanzung von Ölpalmen in Ihrer Region? Welche Rolle spielt die Regierung?

Erasmo Sierra: Der kolumbianische Staat behauptet, er sei nicht Schuld an der Situation. Das stimmt nicht. Wir erleben, wie das Militär die Paramilitärs vor ihren Augen walten lässt, ohne einzugreifen. Die Plantagenbesitzer müssen wieder von unserem Land verjagt, sie sollen bestraft und wir entschädigt werden. Doch die kolumbianische Regierung tut nichts von all dem, ist also anscheinend einverstanden mit dem, was passiert. Alles geschieht ganz klar mit Wissen des Staates. Und wenn der Präsident von seinen Reisen nach Europa nach Kolumbien zurückkehrt, heisst es in den Nachrichten, er habe finanzielle Mittel ausgehandelt, um

damit die vertriebene Bevölkerung in Kolumbien zu schützen. Doch in Wirklichkeit haben wir weder Schulen, noch Gesundheitsversorgung, noch Straßen.

Der Präsident Uribe erkennt nicht an, dass es an den Flüssen Jiguamiandó und Curvaradó Bauern gibt. Er behauptet, dass es nur Guerilleros gäbe. Wir zeigen, dass es doch Bauern gibt. Dafür sind wir hier. Der kolumbianische Staat tötet Bauern, verkleidet sie als Guerilleros, legt ihnen eine Waffe in die Hand und sagt dann, er hätte einen Guerrillero getötet. Aber wir sind keine Guerrilleros, sondern Bauern. Wir nehmen dem Staat nichts weg. Der kolumbianische Staat nimmt uns aus. Zusammen mit den Paramilitärs vertreibt er uns, die Zivilbevölkerung, um uns unser Land wegzunehmen, um mit den Palmpflanzern Handel zu treiben, die dann dort Ölpalmen pflanzen.

Mario, wie handelt die Regierung in Eurer Situation?

Mario Martínez: Der Staat bedroht und verfolgt unsere Bauernvereinigung. Gerade hat er Haftbefehl gegen 70 Mitglieder unserer Organisation erlassen. Drei unserer Mitglieder wurden ermordet. Ich gehöre zu denen, die ihre Familie verloren haben. Alle Organisationen, die sich in Kolumbien sozial engagieren, werden vom Staat als Anhänger der Guerilla gesehen und daher bekämpft. Der Staat ist gegen das kleinbäuerliche Schutzgebiet, da es angeblich die Region in ein Rückzugsgebiet der Guerilla verwandelt. Aber wir sind keine Guerilleros, sondern Bauern, für die die Schutzzone sehr wichtig ist. Ein weiteres Problem im Valle de Cimitarra sind die Pestizidbesprühungen der Cocapflanzungen, die der Staat seit drei Jahren zweimal jährlich in der Region durchführt. Diese Besprühungen verursachen große Umweltschäden und machen die Menschen krank.

Erasmus, was hat es mit den humanitären Zonen auf sich, die Sie gegründet haben?

Erasmus Sierra: Die drei humanitären Zonen, die wir zusammen mit einer NGO gebildet haben, sind eine Form des zivilen Widerstands, um unsere Landrechte und unsere Autonomie zu verteidigen. Kein bewaffneter Akteur darf die humanitären Zonen betreten. Vom kolumbianischen Staat fordern wir, dass er die Menschenrechte der Bewohner der Region respektiert.

Danke für das Gespräch. Wir wünschen euch alles Gute und viel Erfolg.

Die internationale Unterstützung zum Beispiel in Form von Briefaktionen ist für die Organisationen, die in Kolumbien zivilen Widerstand leisten, enorm wichtig. Auf der Rowo-Website finden Sie einen Musterbrief zum Downloaden.